



Frauenverband Courage e.V., Bundesvorstand
Holsteiner Str. 28, 42107 Wuppertal, 0202/49 69 749
courage-geschaeftsstelle@t-online.de www.fvcourage.de

Stoppt den Krieg in Israel/Palästina!

Wir trauern mit den Familien in Israel und Palästina um bisher Tausende Opfer eines blutigen Krieges, aktuell ausgelöst durch brutalen Terror der faschistischen Hamas-Organisation aus dem Gazastreifen am 7.10. Umgehend erfolgte ein nicht minder brutaler Krieg gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen. Sie leben seit Jahren in einem Freiluftgefängnis.

Bestürzend sind die aktuellen Bilder, die uns aus Gaza erreichen: Aktuell sind eine Million Menschen der völkerrechtswidrigen Drohung der israelischen Regierung gefolgt und sind auf der Flucht aus Angst vor drohendem Bombenhagel. Seit Tagen sind die Grenzen zu, die Bevölkerung in Gaza leidet, da die israelische Regierung alle Lieferungen, ob Nahrungsmittel, Treibstoff oder Stromversorgung, unterbrochen hat. Ohne Wasser kann man nur wenige Tage überleben. Aber wo sollen die Menschen hin? Die Grenzen nach Ägypten sind zu, der Gaza-Streifen ist sowieso schon überbevölkert. Die Regierungen der Welt heucheln Humanität, sie gilt aber hauptsächlich der Evakuierung „ihrer“ Staatsbürger.

Wir betonen: Wir billigen weder die brutalen Terrorakte der in unseren Augen faschistischen Hamas gegen Israelis, noch vergessen wir, wie seit Jahrzehnten palästinensische Familien leben müssen. Die islamistisch-faschistische Hamas hat im Gaza-Streifen ein korruptes Regime errichtet (seit 2006 wird keine Wahl mehr organisiert), sie schadet dem Kampf um Freiheit und Demokratie in Israel/Palästina. Die Hamas wird von der iranischen Regierung unterstützt, die nicht nur Frauenrechte mit Füßen tritt, sondern jeden demokratischen Widerstand grausam unterdrückt.

Wir stehen auch an der Seite der israelischen Opposition, sie seit Monaten unerschrocken und massenhaft gegen die undemokratische Netanjahu-Regierung protestiert und jetzt unter Kriegsrecht steht. Wir verteidigen ausdrücklich das Existenzrecht Israels.

Es ist unerträglich, wie die deutsche Bundesregierung praktisch jeden Schritt der israelischen Regierung unterstützt, die gerade einen brutalen Völkermord organisiert. Wie sie Demonstrationen verbietet, die sich ausdrücklich auf die Seite des demokratischen Widerstands stellen. Welche Interesse verfolgt die Bundesregierung, wenn sie in blinder Netanjahu-Gefolgschaft nicht zwischen klar faschistisch-islamistischen Gruppen unterscheidet oder Organisationen, die sich ausdrücklich von Hamas und Hisbollah distanzieren und für das Existenzrecht der beiden Völker in einem demokratischen Staat oder auch als Übergangslösung für eine Zwei-Staaten-Lösung eintreten?

Wir sind in großer Sorge um den Weltfrieden. Die amerikanische Regierung hat bereits zwei Flugzeugträger im Mittelmeer. Andere imperialistische Staaten verfolgen eigene Ziele. Dieser Krieg kann sich zu einem Flächenbrand ausweiten. Wir sind auch in Sorge um die Menschen in Gaza:

"Nach Angaben der UNO, des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds sind noch für 24 Stunden Wasser, Strom und Treibstoff vorhanden, danach wird es für alle Bewohner des Gazastreifens zur echten Katastrophe", so al-Mandhari, WHO-Regionaldirektor für das östliche Mittelmeer. Die Menschen brauchen dringend humanitäre Hilfe. (AFP/lag)

Das Gesundheitssystem im Gaza-Streifen sei völlig überlastet, neben Intensivstationen und Operationssälen auch die Rettungsdienste, sagte al-Mandhari. Leichen könnten nicht angemessen geborgen und versorgt werden. Die israelischen Angriffe hätten mittlerweile 111 medizinische Einrichtungen und 60 Rettungswagen getroffen und zwölf Angestellte im Gesundheitswesen getötet. Das verstoße „gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Menschlichkeit“, so der WHO-Vertreter.

Wir stehen an der Seite der Frauen und Familien mit ihren Kindern in Palästina und in Israel. Wir solidarisieren uns mit ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie für alle Menschen, für eine friedliche Existenz, frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Wir sind gegen jede Form des Antisemitismus, der keinesfalls verwechselt werden darf mit berechtigter Kritik an der israelischen Regierung.

Wir protestieren gegen undemokratische Demonstrationsverbote und angekündigte Organisationsverbote. Klar ist, dass faschistische Organisationen verboten gehören.

Wenn es in eurer Stadt Proteste mit antifaschistischer und internationalistischer Ausrichtung gibt, beteiligt euch. Beteiligt euch auch an Montagsdemonstrationen und an den bundesweiten Montagsdemoaktivitäten am Samstag, 28.10. in Stuttgart, Erfurt und Hamburg. Hier wird an offenen Mikrofonen durchaus kontrovers über die wirklich komplizierte Weltlage diskutiert.